

19. Wahlperiode

Antrag

der AfD-Fraktion

Berliner Register – eine antidemokratische Praxis – abschaffen

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Der Senat wird aufgefordert, die Unterstützung und Finanzierung des Berliner Registers umgehend einzustellen.

Dem Abgeordnetenhaus ist bis zum 30. November 2024 zu berichten.

Begründung

Das sogenannte Berliner Register¹, dessen „Meldestellen“ sich über alle 12 Stadtbezirke verteilen, fordert Bürger auf, politisch „inkorrektes“ Verhalten und „rechte“ Aktivitäten zu melden. Buch über missliebige Äußerungen von Bürgern wird selbst dann geführt, wenn diese rechtlich erlaubt sind –, d. h., über Vorfälle unterhalb der Strafbarkeitsgrenze. Dabei verzerren irreführende Meldungen oder ungenaue Annahmen die öffentliche Wahrnehmung.² Die „Meldungen“ werden durch die Registerstellen nach eigenen Angaben systematisch erfasst, geprüft, anonymisiert und auf der Internetseite der Berliner Register veröffentlicht. „Geprüft“ wird offensichtlich so „gründlich“, dass auch erfundene Fälle es problemlos in die Fall-Statistik hineinschaffen.³

¹ <https://berliner-register.de/>.

² „Die Berliner Register sammeln die Meldungen, veröffentlichen sie als Einträge in einer Chronik im Internet und werten sie einmal jährlich aus. Die Ergebnisse können Politiker*innen, Mitarbeiter*innen der Verwaltung oder politisch engagierte Initiativen in ihre Entscheidungen einbeziehen, und dann Maßnahmen entwickeln, um gezielt gegen Diskriminierung und Ausgrenzung vorzugehen.“
In: <https://berliner-register.de/das-projekt/>. (Letzter Zugriff: 12.07.2024).

³ „Bezahlt aus Steuergeldern. 900.000 Euro für Register, das Sticker meldet, die gegen Gendern sind!“ / (12.07.2024). In: bz-berlin.de.
„B.Z. machte den Test und meldete anonym einen Sticker am Alex, auf dem angeblich „Gendergaga“ steht. Den Aufkleber gab es nie! Kurz darauf wurde nach einem Foto gefragt. Als das nicht vorgelegt werden konnte, kam folgende Antwort: „Vielen Dank für die Rückmeldung.“

Schon die Art der „Meldungen“, die im Register eingehen – häufig auf unbestätigten Berichten und persönlichen Einschätzungen basierend –, ist ein klares Indiz dafür, dass die Plattform alles andere, nur keine Basis für konstruktive Maßnahmen gegen Diskriminierung darstellt.⁴ Für die Berliner Sozialverwaltung ist es beispielsweise vollkommen in Ordnung, wenn derselbe „transfeindliche“ Aufkleber, der von fünf Personen gemeldet wird, als fünf transfeindliche Vorfälle zählt. Ein Aufkleber mit der Aufschrift „*Es gibt nur zwei Geschlechter*“ wird als rechtsextrem eingestuft. Allerdings nicht in jedem Fall; man schaut, „*von wem der Aufkleber stammt, und wenn er von der AfD ist, dann wird er aufgenommen*“⁵. Gerade diese intellektuell wie moralisch unterkomplexe Vorgehensweise, die jedoch im Endergebnis zu gewünschten Annahmen führt, lädt dazu ein, mit vordefinierten Haltungen gegen bestimmte Personen oder Parteien, die nicht „links“ sind, gezielt vorzugehen. Man bedient sich so des Narrativs „rechts“ als Diskurs-Ausschlusskriterium und befreit sich von der Empirie sowie der Pflicht und dem Anspruch, sich mit Fakten auseinandersetzen zu müssen. Ebendarum kann man sich des Eindrucks nicht erwehren, dass es bei alledem vielmehr darum geht, zuvor festgelegte Auffassungen bestätigt zu sehen. Und auch darum, immer mehr Fälle zu produzieren, womit auch der „Bedarf“ an noch mehr Mittel und noch mehr Personal gerechtfertigt wäre.

Derartige Projekte stellen nicht allein nur einen Eingriff in die Meinungsfreiheit dar, sie agieren auch ohne eine klare Rechtsgrundlage oder objektivierbaren Kriterien. Dies scheint für die linke SPD-Senatorin Kiziltepe jedoch kein Problem zu sein, um diese „Monitoring“-Portale – „für typisch linke Themen“ – noch stärker zu fördern.⁶ Kein Problem scheint auch die „Erosion der subjektiven Meinungsfreiheit“⁷ zu sein, ungeachtet der Tatsache, dass mittlerweile nicht einmal jeder zweite Bürger in Deutschland das Gefühl hat, seine politische Meinung frei äußern zu können. Die Berliner Exekutive bewegt dies jedenfalls keineswegs dazu, sich ernsthafte Gedanken über das Fundament einer pluralistischen Gesellschaft zu machen. Statt auf die Kraft der freien Auseinandersetzung zu vertrauen, werden ideologisch aufgeladene Projekte, genauer gesagt, steuerfinanzierte Denunziationsstrukturen, mit eindeutiger Zielrichtung zur Anheizung des gesellschaftlichen Klimas vorangetrieben. Statt um die Lösung echter Probleme zu ringen, werden solche für den eigenen Machtkampf instrumentalisiert und eine zivilgesellschaftliche Grauzone des Verdachts und der „Prä-Strafbarkeit“ geschaffen.

Die jährlichen Fördermittel für das Berliner Register belaufen sich mittlerweile auf eine beachtliche Summe von etwa 1 Million EUR⁸ (oder mehr, so genau weiß man das nicht, immerhin waren es über 3,9 Millionen EUR seit dem Jahr 2014 bis 2023⁹).

Wir erfassen zum Teil, in welchen Gegenden Aufkleber von welchem Versandhandel geklebt werden, deshalb habe ich nach einem Foto gefragt. Wir haben den Vorfall jetzt aufgenommen.“

⁴ Berliner Register, Meldung (11.07.2024) v. Bezirk: Mitte, *Anti-Antifa Aufkleber in der Friedrichstraße*, „An einer Rolltreppe im Bahnhof Friedrichstraße wurden zwei Aufkleber mit der Aufschrift „Antifa verbieten“ entdeckt und entfernt.“

⁵ „Meldestellen im ganzen Land erzeugen ein Klima der Verdächtigung – zum Beispiel das «Berliner Register». Keilani, F. (31.08.2023). In: <https://www.nzz.ch/international/meldestellen-wie-das-berliner-register-schaffen-ein-klima-der-verdaechtigung-ld.1753922>.

⁶ „Anonyme Petzer im Netz: SPD-Senatorin will Portal für „typisch linke Themen“ weiterhin fördern“. „Das Berliner Register, eine Meldestelle ohne polizeiliche Relevanz, sorgt immer wieder für Aufruhr. Trotzdem plant Senatorin Kiziltepe, noch mehr Geld hineinzustecken.“ In: Berliner Zeitung (19.06.2024).

⁷ „Nur 40 Prozent der Deutschen glauben, Meinung frei äußern zu können. Noch nie gab es in der Bundesrepublik so große Bedenken, politische Meinung frei zu artikulieren. Nur Anhänger der Grünen sind noch von der Meinungsfreiheit überzeugt.“

In: <https://www.zeit.de/politik/deutschland/2023-12/meinungsfreiheit-zensur-studie-freiheitsindex-deutschland-2023>. (19.12.2023, Rech, D.).

⁸ Die Kosten für das Berliner Register beliefen sich im Jahr 2023 bei 822.473 Euro, davon 209.000 Euro nur für die „Kordinierungsstelle Berliner Register“. Elmar Schütze); „Henryk M. Broder: „Wachsamen Personen in bester deutscher Spitzeltradition“. In: Berliner Zeitung (11.04.2024).

⁹ „Berlin ist chronisch klamm, doch für politisch gewollte Projekte scheint genug Geld da zu sein: Nach FOCUS-online-Informationen förderte der rote Senat einen Online-Pranger, der rechte und sexistische Vorfälle sammelt, seit 2014 mit über 3,9 Millionen Euro.“

„So viel Steuergeld kassiert das Berliner Petz-Portal wirklich.“ In: www.focus.de (09.06.2023).

Während Berlins Regierender Bürgermeister von einer alarmierenden Finanzlage und „ausgehenden Lichtern“¹⁰ spricht, deuten Registerinträge wie „Am Breitscheidplatz wurde ein antifeministischer Aufkleber entdeckt und entfernt, der sich gegen gendergerechte Sprache richtete“¹¹ exemplarisch daraufhin, wie Millionenbeträge durch den Senat an „zivilgesellschaftliche“ Strukturen verteilt werden, damit diese dann offensichtlich das übernehmen, was der Staat selbst nicht darf: Stimmung gegen Menschen (oder eine bestimmte Partei) mit unerwünschter bzw. „unrichtiger“ Haltung zu machen.¹² So verwundert es wenig, dass linksextreme Themen nirgendwo auftauchen, sie sind offensichtlich nicht Gegenstand der Meldeaktionen.

Bezeichnend ist zugleich, dass trotz langjähriger und aufwendiger Meldungen und Dokumentation der „Vorfälle“ es keine Belege dafür gibt, dass die ergriffenen Maßnahmen zu einer Reduzierung von echten diskriminierenden Aktivitäten beigetragen haben.

Die Verwendung von Steuergeldern für ein solches Register, das die Grundrechte der Bürger potenziell verletzt und mit einer mehr als fragwürdigen gesetzlichen Legitimation agiert, ist nicht länger hinnehmbar. Straftaten sollen bei Polizei und Staatsanwaltschaft angezeigt, dort verfolgt und statistisch dokumentiert werden – und nicht bei Anlaufstellen, die aus parteipolitischer Ideologie heraus vorangetrieben werden. Es ist „nicht die Aufgabe der Regierung, die ideologische Meinungsbildung der Gesellschaft zu organisieren“.¹³ Darüber hinaus kann die Gesellschaft nur dann *zivil* bleiben, wenn sich der Staat weitgehend aus ihr heraushält und nicht immer höhere Steuergelder für erwünschte Weltanschauungen verteilt werden.

Die Ressourcen sollten effektiver eingesetzt werden, insbesondere für Maßnahmen, die einen direkten und nachweisbaren Einfluss auf die Verbreitung von Wertvorstellungen, auf denen die freiheitlich-demokratische Grundordnung beruht, ohne dabei eine Einschüchterungskultur zu etablieren und darüber hinaus Andersdenkende zu bekämpfen. Vor allem müssen direkte Präventionsarbeit und Bildungsmaßnahmen dort gestärkt, wo sie dringend gebraucht werden. Dort, wo schon 11-Jährige Messer mittragen, weshalb das christliche Kinder- und Jugendwerk „Arche“ Alarm schlägt, vor Islamismus und zunehmender Gewalt unter Kindern und Jugendlichen warnt und fürchtet, dass es in unserem Land „zu Unruhen“ kommen könnte, „wie wir es uns heute noch gar nicht vorstellen können.“¹⁴ Vor wenigen Wochen nur warnten auch Charité-Mediziner vor einer insgesamt zunehmenden Brutalität und sprachen von einer „bedrohlichen Entwicklung für die Gesellschaft, aber auch für die Stadt Berlin“¹⁵. Aus den oben genannten Gründen fordern wir die Abschaffung des Berliner Registers und die Umleitung der bisher dafür aufgewendeten Mittel in die Institutionen, die für die Strafverfolgung realer Verstöße zuständig sind – nämlich, Polizei und Staatsanwaltschaft. Denn gerade bei diesen Behörden besteht personeller und sachlicher Notstand.

¹⁰ „Langsam geht das Licht aus“: Berlins Regierender Wegner warnt vor alarmierender Finanzlage. In: Tagesspiegel/21.07.2024.

¹¹ Eintrag im Berliner Register, 17.06.2024, Bezirk: Charlottenburg-Wilmersdorf (<https://berliner-register.de/vorfall/d4d0f3df-40c3-4696-be9a-c6d412850315/Zugriff>: 31.07.2024).

¹² „Die Berliner Register werden nach eigenen Angaben durch die Senatsverwaltung für Justiz, Verbraucherschutz und Antidiskriminierung gefördert. [...] In einem auf der Website der Berliner Register enthaltenen Glossar heißt es, [...], dass die Berliner Register alle „Vorfälle“ aufnehmen, die auf die Partei Alternative für Deutschland (AfD) zurückgehen. Auswertungen der Berliner Register aus den Jahren 2016 und 2017 berichten kritisch über das Auftreten der AfD-Vertreter in Bezirksverordnetenversammlungen. Es wird eine Handlungsstrategie gegen die AfD in den Bezirksverordnetenversammlungen gefordert. Aufstellungen von Infoständen der AfD in Berliner Bezirken werden als „Vorfälle“ eingestuft. Würden vergleichbare Stellungnahmen durch die Senatsverwaltung für Justiz, Verbraucherschutz und Antidiskriminierung erfolgen, läge darin eine Verletzung des Neutralitätsgebotes“. In: Gutachten des Wissenschaftlichen Parlamentsdienstes des Abgeordnetenhaus von Berlin (12.07.2018) – „Gutachten zur staatlichen Förderung von Vereinen und Initiativen, deren Aktivitäten sich gegen politische Parteien richten“; S. 7 ff.

¹³ Mangold, I. In: Die ZEIT, Nr. 09/2024: „Diejenigen, die den Staat verhöhnen, müssen es mit einem starken Staat zu tun bekommen“.

¹⁴ „Elfjährige laufen mit Messer rum“, sagt der „Arche“-Sprecher. In: weltonline.de (30.07.2024).

¹⁵ „Bedrohliche Entwicklung“ Berliner Charité registriert deutlich mehr Stichverletzungen“. In: rbb24, 06.08.2024.

Berlin, den 17. September 2024

Dr. Brinker Gläser Auricht
und die übrigen Mitglieder der AfD-Fraktion